



Paul J.J. Welfens

Corona- Weltrezession



Epidemiedruck
und globale
Erneuerungs-Perspektiven



SACHBUCH



Springer

Corona-Weltrezession

Paul J. J. Welfens

Corona-Weltrezession

Epidemiedruck und globale
Erneuerungs-Perspektiven

 Springer

Paul J. J. Welfens
Europäisches Institut für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW)/Universität Wuppertal,
Schumpeter School of Business and Economics/Fakultät Wirtschaftswissenschaften
Wuppertal, Deutschland

ISBN 978-3-658-31385-2 ISBN 978-3-658-31386-9 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-31386-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Titelbild: vectorpocket - stock.adobe.com

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Die weltweite Coronavirus-Epidemie ist ein Schock für Europa, Asien, die USA, Kanada, Brasilien, Russland, Indien, China – fast alle Länder der Welt sind schwer betroffen in Sachen Krise des Gesundheitssystems und Wirtschaftseinbruch. Weltweit ist die COVID-19-Todeszahl Mitte 2020 die häufigste Todesursache gewesen. Der Produktionseinbruch ist in den meisten Industrieländern schlimmer als bei der Transatlantischen Bankenkrise 2008/2009. Es ist eine echte Corona-Weltwirtschaftskrise in 2020, bei der zumindest für zwei Quartale massive ökonomische Einkommensdämpfungseffekte, ja starke absolute Produktionsminderungen in über 100 Ländern, für ernste Probleme sorgen; zumal die Arbeitslosenzahlen und die Zahl der Unternehmenskonkurse sowie die staatlichen Defizitquoten stark ansteigen. Was bedeutet diese historische Qualität der neuen medizinischen und ökonomischen Herausforderungen? Wie sind die Auswirkungen auf Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und das Vertrauen der Menschen in Institutionen beziehungsweise Politiksysteme?

Eine erste Antwort lautet, dass in Dutzenden Ländern ein Vertrauensverlust in politische Systeme und Institutionen bei Teilen der jüngeren Wählerschaft eintreten wird; und dass in der EU die Mehrzahl der Menschen in den EU-Ländern von der Hilfe anderer EU-Länder während der Corona-Seuche enttäuscht ist. Da geht offenbar in der Corona-Krise viel Vertrauen verloren, was schlecht für internationale Koordination und ökonomisch-politische Stabilität weltweit ist. Dabei ist noch gar nicht absehbar, wer denn ökonomisch für die volkswirtschaftlichen Schäden in über 190 UN-Mitgliedsländern zahlen soll. Diese Debatte wird auf die Industrieländer wie die Entwicklungs- und Schwellenländer noch zukommen. In Teilen der Medien wird aus der Corona-Rezession für Deutschland und andere EU-Länder ein langfristiger

Verarmungseffekt destilliert; allerdings ohne vernünftige Gründe. In Deutschland und anderen Industrieländern kommt es allerdings auch stark auf die Erneuerungspolitik im Kontext mit dem Neustart der Wirtschaft und dem erwarteten Aufschwung an. Wenn der Norden der Weltwirtschaft mittelfristig eine Stabilisierung und neues – mehr klimafreundliches – Wirtschaftswachstum erreicht und den Entwicklungsländern via Weltbank und Internationaler Währungsfonds hilft, so sollte auch der Süden zügig die Corona-Krise überwinden können. Dabei wäre es hilfreich, wenn noch 2021 eine globale Impfung stattfinden könnte.

Welche Situation ist da entstanden, dass erstmals nach 1945 in einer internationalen Wirtschaftskrise von den USA keine politische Führung kommt – und weshalb sind die Vereinigten Staaten unter dem Populisten-Präsidenten Trump so unberechenbar für andere (und für sich selbst)? Geht es nach der Corona-Rezession in 2021 und den Folgejahren ökonomisch einfach wieder gut nach oben für die Länder des Westens und auch die in Asien und anderen Weltregionen? Kann man die neuen Impulse in Sachen Strukturwandel einordnen, wo es um beschleunigten digitalen Technikfortschritt in den OECD-Ländern und China plus Indien geht? Was bedeutet das für die USA, für die Europäische Union, China und viele andere Länder in der ganzen Welt – welche Reformen sind wünschenswert, welche realistisch? Wie werden sich durch die Corona-Schocks die internationalen Gewichte verschieben? Viele Fragen und einige ausgewählte Antwort-Elemente, die es in sich haben und im Buch erläutert werden, nachfolgend in Kürze:

- Die globale ökonomische Kräfteverschiebung geht zunächst von USA und der EU Richtung China, das seine relative Position für einige Zeit global verbessern kann: mit einem Anstieg seines Anteils am Welt-Einkommen. Dennoch dürfte es auch China schwer fallen, in einem global ökonomisch verzerrten Umfeld mittelfristig erfolgreich zu sein – mit Realzinssätzen nahe Null und hohen Staatsschuldenquoten in vielen wichtigen Handelspartnern.
- Die Länder Schweden, Niederlande und Großbritannien zählen in Sachen COVID-19 Todeszahl zu den relativen Verlierern bei den Industrieländern – ihre Strategie, auf Herdenimmunität zu setzen, kann man als sehr bedenklich einschätzen. Die Unterschiede in den Sterberaten in den OECD-Ländern sind enorm, wobei Belgiens COVID-19 Sterberate etwa 10-fach so hoch ist wie die in Österreich. Die US-Entwicklungen sind im Gesundheitssystem und auch ökonomisch enttäuschend – relativ zum US-Führungsanspruch. Besonders schlecht ist zudem das Ergebnis im Schwellenland Brasilien, wo der populistische Staatspräsident wenig

rationales Handeln im Umgang mit der Virusinfektion zeigte. Nord- und Südamerika haben viel mehr Infizierte und COVID-19-Tote als Europa.

- Deutschland zählt in der kurzen Frist zu den relativen Gewinnern in der Corona-Weltrezession. Da man aber seitens der EU keine überzeugende Strategie zur Vermeidung einer neuen Euro-Krise – mit Italien als Epizentrum – entwickelt hat, könnte Deutschland gleichwohl noch zu den Verliererländern in Europa werden. Die EU insgesamt droht, gerade nach dem BREXIT, weiter auseinanderzufallen, falls das Vermeiden einer Eurokrise² bzw. die Entwicklung neuer Reformmaßnahmen nicht rechtzeitig gelingt; von vernünftigen Maßnahmen zum Vermeiden einer neuen Eurokrise war bis Mitte 2020 sonderbarerweise in der Eurozone und der EU nichts zu sehen. Das EU-Risikomanagement in Berlin und Paris ist schwach; die ökonomischen „Wiederaufbau-Pläne“ der Von-der-Leyen-Kommission erscheinen in Teilen als höchst widersprüchlich; eine EU-weite Umfrage des EU-Parlamentes von Anfang Mai zeigt, dass nur 33 % der Befragten direkte EU-Finanzhilfen als politische Top-Priorität betrachten, sogar in Italien und Spanien sind es nur 49 % und 43 %. Das 750 Milliarden-EU-Kommissions-Kredit-Paket ist ökonomisch kaum sinnvoll und wird auch von der EU-Bevölkerungsmehrheit gar nicht für wichtig erachtet. Das aber, was wichtig ist, nämlich eine Eurokrise² zu vermeiden, das leistet das Kommission-Paket nicht. Es droht im Fall von US-Krise, BREXIT-Krise in Großbritannien und auch noch Eurokrise² – mit Italien als Epizentrum – für den Westen eine historisch einmalige Schwächung durch eine politisch zu große Problempizza. Die Corona-Krise legt schonungslos offen, wie schwach viele Regierungen und Gesundheits- sowie Wirtschaftssysteme in Europa und Nordamerika sind. Das Virus mag Länder wie Italien und Spanien zufällig stark negativ getroffen haben und sicherlich werden Menschen – auch Wissenschaftler – in allen EU-Ländern gute Gründe auch für Solidaritätsmaßnahmen mit den stark vom medizinischen Corona-Schock betroffenen Ländern finden. Aber man kann kaum übersehen, wie spät und widersprüchlich gerade komplexe Koalitionsregierungen in vielen EU-Ländern – auch Belgien, Niederlande, Schweden – reagiert haben. Umfragen des EU-Parlamentes fragen in EU-Ländern nach der Sichtweise der Bürgerschaft; in der entsprechenden Corona-Unsicherheits-Umfrage des Europäischen Parlamentes vom Mai 2020 wurde allerdings erst gar nicht gefragt, ob denn die 19 Länder der Eurozone ein gemeinsames Konjunktur- und Kreditpaket auflegen sollten. Hier erscheint es so, dass in der Umfragethematik teilweise das Thema verfehlt wurde. Man könnte den Eindruck haben, dass es kaum jemand in der Politik interessiert, dass die EU27 aus 19 Euro-Ländern,

sieben potenziellen EU-Beitrittsländern und dem Spezialfall Dänemark besteht. Der Corona-Medizin- und Wirtschaftsschock hat aber besondere Auswirkungen auf Länder der Eurozone und auch auf den Euro-Wechselkurs, was es zu bedenken gilt für eine erfolgreiche und effiziente Überwindung der Corona-Wirtschaftskrise.

- Neue Studien zeigen, auch wenn man im Corona-Schock Klimaprobleme eher als weit weg empfindet: Gute Umwelt- und Klimapolitik ist auch Anti-Seuchenpolitik, da im nicht mehr ewigen Permafrost in Sibirien und Kanada neu alte Viren und Bakterien aufgetaut und in die Länder der Welt gebracht werden könnten. Zudem ist die Luftqualität wohl ein für die Todesintensität der Coronavirus-Pandemie wichtiger Einflussfaktor, so dass Umwelt- beziehungsweise Klimapolitik an Bedeutung nach 2020 weltweit zunehmen sollte. Es gibt schon gute Gründe, nicht einfach auf einen Neustart der Wirtschaft quasi nach altem Muster zu setzen: Die neuen Einsichten gilt es mit Blick auf den ökonomischen Aufschwung zu bedenken.
- Die Bekämpfung internationaler Epidemien verlangt längerfristig eine verstärkte internationale Zusammenarbeit, bei der sich die EU positiv einbringen könnte und sollte. Die EU ist allerdings in einer schwierigen Lage, da der politische Dialog mit China seit 2020 sichtbar erschwert ist.
- Die Beitragssätze zu verschiedenen Internationalen Organisationen hängen häufig von ökonomischen Variablen ab; bei der Weltgesundheitsorganisation und einigen anderen Internationalen Organisationen sollte jedoch der Anteil der über 65-Jährigen (und gegebenenfalls andere Gesundheitsmerkmale der Bevölkerung) mit einer Rolle in der Zukunft spielen, damit die ökonomischen Anreize vernünftig und die Lastenverteilung fair sind.
- Viele westliche Demokratien werden politische Narbeneffekte verzeichnen, da es vor allem bei jüngeren Wählerschichten in Ländern mit schwachen Regierungen – das heißt oft auch schlechter Seuchenpolitik – bei Epidemien zu langanhaltenden Enttäuschungseffekten kommt. Westliche Länder, vor allem solche in der EU, könnten zu politischen Verlierern der Corona-Seuche werden; die Europäische Union in dieser Lage zusammen zu halten, erfordert solides Wissen und politisches Geschick. Beides scheint in der EU27 und in Großbritannien teilweise Mangelware zu sein in 2019/2020.
- Der Corona-Schock beschleunigt den globalen digitalen Technologie- und Strukturwandel. Die Länder Asiens könnten mit zu den Gewinnern der Corona-Impulse weltweit werden. Dabei haben im Westen viele Länder gezeigt, dass sie mit einem Seuchen-Schock nur schwer umgehen können; dass

Wirtschafts- und Politiksysteme zum Teil wenig lernfähig und zu wenig innovativ sind und dass zumindest in der EU die Politik auf Basis von wenig Analyse große Projekte starten will, die zum Teil wenig durchdacht sind – den EU-Aufschwung wenig unterstützen werden. Deutschlands Digitalchwächen sind nochmals in 2020 für jedermann besonders deutlich geworden, ob die großen Staatsausgabenprogramme Mittel in vernünftige Verwendungen lenken, bleibt abzuwarten.

- Für fast alle Länder der Welt ist der Corona-Schock medizinisch und ökonomisch eine parallele Herausforderung; ökonomisch gibt es eine Corona-Weltrezession, medizinisch eine globale Virusausbreitung mit mehr als einer halben Million Tote in 2020; mit ganzen Industrien – noch vor Jahren glänzend an den Börsentafeln leuchtend –, die über Jahre nur deutlich geschrumpft überleben: etwa die Luftfahrtindustrie und der Fernreisetourismus. Horizonte schrumpfen für viele Millionen Menschen und auch für Investoren.
- Die Impfstoff-Forschungsförderung zu COVID-19 ist in den Industrie- und Schwellenländern bis zum Sommer 2020 unterdimensioniert gewesen.

An natur- und sozialwissenschaftlichen Analysen zur Coronavirus-Pandemie arbeiten weltweit Tausende Forscher in den Natur- und Sozialwissenschaften. Daraus ergibt sich ein bisweilen kompliziertes und manchmal im Schock-Jahr 2020 nicht ganz klares Bild. Gelegentlich muss man sich allerdings wundern, wie wenig man etwa in Deutschland oder den USA von anderen Industrie-Ländern lernen will; da gibt es enorm viele Parallelstudien, nicht selten bei den Epidemiologen und Virologen, die zum Teil mit bedenklich kleinen Fallzahlen arbeiten. Das wiederum führt zu statistisch gesehen wenig belastbaren Befunden: als Basis von Politikentscheidungen (dabei gibt es zur gleichen Virus-Frage womöglich in Dänemark, Norwegen, Schweden oder Island schon Studien mit mehr Teilnehmern, was auch solidere Schlussfolgerungen erlaubt). Das Virus, der da in Industrie- und Entwicklungsländern zuschlägt, ist zwar geografisch gesehen nicht überall exakt derselbe, aber zumindest in Europa ist der aktive Virusstamm in allen EU28-Ländern offenbar gleich.

Als Ökonom habe ich selbst im Frühjahr und Sommer Corona-Analysebeiträge am EIIW entwickelt, kaum dass ich von einer Vortragsreise in USA (mit anderer Thematik, allerdings verwandt) Ende Februar nach Deutschland zurückgekehrt war. Früh habe ich die ökonomischen Negativeffekte eines massiven Einbruchs des Internationalen Tourismus auf das Realinkommen in der Weltwirtschaft betont, wobei ein angenommener Rückgang von 50 % in 2020 gesamtwirtschaftliche Einkommenseinbrüche -10 %

bis -1 % für mehr als 100 Länder bringt. Ein Realeinkommensrückgang von mehr als 2 % in einem Jahr gilt in der Regel als ernste Rezession. Hinzu kommen jenseits des Tourismussektors natürlich weitere indirekte Einkommensdämpfungseffekte und dann obendrauf die Effekte durch staatliche Regulierungen in Sachen Zuhause-Bleiben-Müssen und Produktionsbeschränkungen als Teil der Anti-Seuchen-Politik.

Bei der internationalen Analyse der Pandemie-Effekte kommt es, das sei hier betont, nicht nur auf die Entwicklungen in großen Ländern an. Es gibt auch einige kleine Länder von erheblicher strategischer Bedeutung – wie etwa Libanon und Jordanien –, deren Probleme man auch aus EU- und US-Sicht sehr ernst nehmen sollte, wo zügige Unterstützung durch Weltbank und Internationaler Währungsfonds dringlich sind. Das Netzwerk internationaler Organisationen ist bei der Bekämpfung der globalen Seuche und der Folgeeffekte wichtig für Problemlösungen. Zudem ist es wichtig zu verstehen, wo die zum Teil erheblichen internationalen Unterschiede bei den COVID-19-Sterblichkeitsraten herkommen.

Mit Kollegen (Lucas Bretschger und Elise Grieg) von der ETH Zürich und Tian Xiong (EIIW) habe ich ein empirisches Paper zur COVID-19-Sterblichkeit in den OECD-Ländern verfasst und gebe einige der Befunde im Weiteren als Teil der Forschung wieder. Es ist schon bemerkenswert, dass die Corona-Sterbequote in Belgien rund zehnfach so hoch wie in Österreich im ersten Halbjahr 2020 war; und dass absolut gesehen Großbritannien – genauer UK – mit 40.000 Todesfällen so viel höher als Deutschland mit 9000 zu Anfang Juni lag. Verglichen mit der Sterbequote in Deutschland hätte man für UK etwa 7000 Sterbefälle erwarten sollen. Viele Tote und viel Leid hätte man sich im Vereinigten Königreich ersparen können, wenn man nicht auf das Konzept Herdenimmunität gesetzt und doch früh umfangreiche Coronavirus-Tests angesetzt hätte. Die Popularität von Boris Johnson als Premier ist im Sommer 2020 offenbar daher abgesunken.

Als besonders wichtig für die neuere Corona-Analyse im ökonomisch-politischen Bereich ist aus meiner Sicht die neue Studie von Barry Eichengreen (UC California) und dessen Co-Autoren einzustufen: Sie fragt nach den politischen Narben, die sich durch Seuchen in westlichen demokratischen sowie in autokratischen Ländern ergeben. Da kann ein langfristig negatives Echo als Destabilisierung im Westen wirken.

Eine verständliche Darstellung soll dabei hier insgesamt erfolgen, wobei sich einige eher komplizierte Zusammenhänge im Anhang des jeweiligen Kapitels finden. Die Darstellung insgesamt umfasst den Ausbruch der weltweiten Epidemie – also die Coronavirus-Pandemie – und geht dann über zu den ökonomischen Absturzeffekten; sowie den Neustartperspektiven der Wirt-

schaft plus den veränderten EU-bezogenen und globalen Kooperationsperspektiven.

Die Corona-Weltrezession ist die erste internationale Wirtschaftskrise, die sich ohne politische Führung der USA vollzogen hat. Präsident Trump will einerseits keine solche Führung anbieten, aber die Trump-Administration könnte sie andererseits wegen der ernststen Kompetenzlücken in vielen Ministerien auch gar nicht anbieten. Gleichwohl ist wegen der Pandemie-Gefahren eine verstärkte internationale Kooperation notwendig, wie kann man eine solche erreichen und welche Rolle könnte die EU dabei spielen?

Kooperation gilt es zu verbessern in vielen Punkten, dabei sind umfassende EU-Reformen unerlässlich, sofern denn die Europäische Integration fortbestehen will. Dass der Mehrfach-Stresstest der Wirtschaftssysteme alte und neue Probleme in vielen Ländern klar aufzeigt und zudem eigenständigen Anpassungsbedarf mit sich bringt, ist unübersehbar; zumindest in den Ländern, die von der Seuche stark betroffen sind. Die Enttäuschung in Italien, Spanien, Frankreich und Belgien über Schwächen des Gesundheitssystems ist nicht im Ansatz politisch verarbeitet worden, im Übrigen bedeuten besonders hohe Sterberaten in diesen EU-Ländern – und in Großbritannien –, dass der ökonomische Einbruch besonders stark ist: Hohe Sterberaten in diesen Ländern bedeuten, dass die regulatorischen staatlichen Einschränkungen bei der Produktion (via Zuhause-Bleibe-Vorgaben, Produktionsstopps für bestimmte Sektoren) besonders stark als Element der Seuchen-Bekämpfung zeitlich sein müssen; umso stärker ist dann die Corona-Rezession. In Europa ist die Zahl der Seuchen-Toten besonders hoch in Großbritannien unter einem populistischen Ministerpräsident: 43.000 Todesfälle bis Anfang Juli 2020, gegenüber 9000 Todesfällen in Deutschland, zeigen offenbar ernste Defizite im UK-Gesundheitssystem und in der britischen Seuchenpolitik.

Sechs Monate nach der internationalen Virus-Ausbreitung Anfang 2020 gab es rund fünf Million Corona-Infizierte weltweit (inoffiziell sicher weit mehr), mehr als 400.000 Tote. Offenbar kann sich das Coronavirus weltweit rasch ausbreiten, was bei einer Milliarde Flugpassagiere im Vierteljahr nicht überraschend ist; die Normalzahl von Flugpassagieren pro Jahr lag bei 4 Milliarden in 2017 und 2018 sowie 2019 dürften ähnliche Zahlen in den offiziellen Statistiken haben. Nach dem Höhenflug kam ein steiler wirtschaftlicher Absturz in der ersten Jahreshälfte 2020. Einige Industrieländer verzeichneten im ersten Quartal 2020 einen Wirtschaftseinbruch um -8 % und aufs Jahr gerechnet sind -6 % bis -10 % bei einigen Industrieländern zu erwarten; zum Teil natürlich hervorgerufen durch staatlich angeordnete Produktionseinschränkungen und häusliche Quarantänemaßnahmen, die der Seuchenabwehr dienen sollen. China hat mit einer harten Quarantäne in der Ausgangs-

provinz der Epidemie, in Hubei, im ersten Quartal die Seuche gestoppt und dann im zweiten Quartal dort und landesweit einen wirtschaftlichen Expansionskurs eingeschlagen.

Die USA hingegen sehen unter Präsident Trump in 2020 in medizinischer wie ökonomischer Sicht schwer angeschlagen aus. Das liegt erstens daran, dass das US Center for Disease Control den von der Berliner Charité-Wissenschaftlergruppe um Professor Drosten entwickelten frühen Corona-Nachweis-Test nicht übernehmen wollte; und zudem hat Trump die Virus-Warnungen seiner Experten im Januar und Februar 2020 nur wenig ernst genommen. Hinzu kamen Schwächen des US-Gesundheitssystems, das in Teilbereichen schlechter als das System in führenden Ländern in Westeuropa ist. Deutschland stand im Juni 2020 bei 9000 Corona-Toten, die USA hingegen bei rund 120.000. Hätten die Vereinigten Staaten in etwa die Corona-Sterbequote von Deutschland, gäbe es kaum 40.000 Tote in den USA. Die Supermacht USA wird sich wohl kaum mit den in Sachen Epidemie-Abwehr relativ schwachen EU-Ländern Italien und Spanien vergleichen wollen. Im Übrigen haben die Vereinigten Staaten mit Präsident Trump einen Präsidenten, der auch laut Umfragen dem Ansehen der USA geschadet hat und wirtschaftspolitisch schon in 2018/2019 für widersprüchliche, riskante, populistische Politikansätze stand. In Westeuropa ist der BREXIT von Großbritannien ein ökonomisch riskantes populistisches Projekt. Der Westen zeigt in der Corona-Krise weitgehend ein Bild der Schwäche und populistisch regierte Länder wie USA, UK und Brasilien verzeichnen besonders schlechte Entwicklungen im Gesundheits- wie im Wirtschaftsbereich.

Deutschland, die Niederlande, Belgien und andere EU-Länder haben relativ hohe Exportquoten – nahe 50 % oder gar mehr (in kleinen EU-Ländern) – und sind daher besonders von den ökonomischen Effekten des Pandemie-Schocks betroffen, der praktisch alle Länder der Welt gleichzeitig als Rezession betrifft: Länder mit hohen Exportquoten könnten einen besonders starken wirtschaftlichen Dämpfer verzeichnen; anders ausgedrückt, die besonders exportstarken Länder haben ein besonderes Interesse an einer wirksamen internationalen konjunkturpolitischen Kooperation. Zum Teil erfolgt eine Quasi-Kooperation aus der gleichen oder ähnlichen Konjunktur-Betroffenheit von Ländern. Aber gerade bei den großen Ländern USA, China, Japan, EU27, UK gibt es untereinander wenig Kooperation, die für eine optimale Politik – also auch eine bestmögliche Überwindung der Weltrezession – aber eigentlich notwendig wäre. Hier sieht man auch Deutschland in diesem Kontext relativ wenig Anstrengung, soweit man von Kooperationsansätzen für EU-Expansionsimpulse absieht.

Die konjunkturpolitische Kooperation Deutschland-Frankreich-Italien-Großbritannien-USA-Japan-Kanada, findet also auf G7-Ebene in 2020 nicht wirklich statt: vor allem weil die Vereinigten Staaten als internationale Führungsmacht unter Trump ausfallen. Eigentlich müssten die G7-Länder aber auch mit anderen Ländern konjunkturpolitisch kooperieren, etwa mit China. In der Transatlantischen Bankenkrise hatte China mit einem großen nationalen Konjunkturpaket positive Impulse national, aber auch für die USA und die EU gegeben. Ein ähnlich stark dimensioniertes China-Konjunkturpaket wie 2009/2010 wird es aber 2020/2021 nicht geben, weil die finanzpolitischen Spielräume Chinas viel geringer sind als 2009/2010.

Die Europäische Union wiederum glänzt mit ihrer Unlust, sich mit den Gründen für den BREXIT auseinanderzusetzen und sinnvolle Reformen zu entwickeln – und zudem sind die EU-Führungsländer offenbar kaum fähig, eine neue Eurokrise, die im Zentrum eine Italien-Staatsfinanzierungskrise hätte, zu verhindern. Eine gefährliche neue Eurokrise in 2020/2021 zu verhindern, wäre zwar möglich, aber die Planungen in Berlin und Paris sehen da keine realistische präventive Politik. Allenfalls wird man wohl dieses gefährliche ökonomische Desaster eintreten lassen, um dann kurzfristig, mit flickwerkmäßig zusammen geschusterten Ansätzen, die schlimmsten Auswüchse einer Italien- und Eurokrise 2 zu reparieren und teilweise zu vermeiden suchen. Eine enorm riskante Strategie angesichts bevorstehender nationaler Wahlen in Deutschland 2021 und in Frankreich im Folgejahr, wo der Populismus ohnehin schon stark ist.

Die EU-Kredit- und Transferpakete in Höhe von insgesamt 1290 Milliarden Euro sind zwar groß dimensioniert, aber inhaltlich nicht vernünftig ausgerichtet und zudem zu etwa 10 % eine Luftbuchung. Es gibt auch keine vernünftig dimensionierten Institutionen: Eigentlich braucht man zur Vermeidung einer Italien- und Eurokrise² ein Euro-Parlament und eine Euro-Kommission für die 19 Länder der Eurozone. Stattdessen gibt es aber nur ein EU-Parlament und eine EU-Kommission für 27 Länder, so dass man unnötig große und teure Rettungspakete aufsetzen muss. Das 750 Milliarden-Euro-Paket als Kommissionsvorschlag vom Mai 2020 ist zu groß und in der Statik nicht durchgerechnet im Vergleich zu einem sinnvollen Eurozonen-Paket. Das sind erhebliche Politikfehler, die Europa und den Westen zusätzlich schwächen könnten. Deutschland mag die Epidemie medizinisch relativ gut bewältigt haben und der Regierung kann man wohl ein gutes Zeugnis hier ausstellen. Aber die Europa- und Wirtschaftspolitik wird halt – bei aller Wertschätzung für die RKI-Arbeit – nicht im Robert-Koch-Institut gemacht. Bei der Stabilitäts- und Integrationspolitik ist die Bundesregierung in Teilen der Europapolitik wenig fundiert, uninnovativ, widersprüchlich und weithin

ohne Risikomanagement unterwegs; als ob kein BREXIT stattgefunden hätte – und keine Eurokrise 2 drohte.

Dazu kommen Bundesländer, die über Monate die Schulen nicht wieder ans Laufen bringen, nicht einmal ein Zwei-Schicht-Betrieb ist in Deutschlands Schulen möglich, da man eine dafür nötige Putzaktion der Klassenräume am frühen Nachmittag nicht zu organisieren vermag – bei drei Millionen Arbeitslosen und Bergen von Finanzierungsspielräumen des Staates ist das ein Armutszeugnis; auszubaden von zum Teil überforderten Eltern mit Home-Office-Belastung und Zuhause-Unterrichtsaktivitäten über Monate. Ob die Schulen ihre Defizite in Sachen Digitalisierungsgrad und Lehrerweiterbildung mittelfristig deutlich werden abbauen können, wird man sehen. Die in der Politik offenbar im Frühsommer gängige Vorstellung, wir schließen die Schulen ans WLAN an – rund 1/3 der Schulen war noch im April 2020 in Deutschland ohne vernünftigen Internet-Anschluss – und die Lehrerschaft möge sich dann selbst fortbilden, ist sonderbar.

Die USA, Großbritannien und eine Reihe von EU-Ländern zeigten zur Jahresmitte 2020 deutliche Schwächen bei der Bekämpfung der Coronavirus-Epidemie. Zwar begann im Juni in verschiedenen OECD-Ländern auch ein Neustart von Teilen der Wirtschaft, aber die Prognosen etwa des Internationalen Währungsfonds zur Stärke der Rezession in 2020 in wichtigen EU-Ländern wurden im Juni gegenüber den Analysen vom April deutlich herunter gesetzt. Die USA zeigten zudem Probleme in der Epidemie-Bekämpfung: Die Infektionszahlen pro Tag erreichten gar Anfang Juli neue nationale Rekordwerte.

Der einst stolze Westen hat insgesamt politisch und ökonomisch 2016–2020 an Rationalität eingebüßt, was der neuen ökonomischen Supermacht China verbesserte globale Aufstiegschancen bringt. Für China ist die Situation allerdings durchaus schwierig, da US-Firmen zahlreiche wichtige Vorprodukte beziehungsweise Technologien auf Druck von Präsident Trump hin nicht mehr länger zur Verfügung stellen; die USA-China-Handelsbeziehungen waren schon vor der Corona-Krise durch Konflikte geprägt. Die USA fallen zudem mitten in der internationalen Wirtschaftskrise als Stabilisator seit Mai 2020 fast vollkommen aus.

Die Industrieländer und viele Schwellenländer haben mit Vorgaben für Zuhause-Bleiben von über einer Milliarde Menschen und Kontakteinschränkungen wohl für ein Viertel der Menschheit im ersten und zweiten Vierteljahr Produktionsstopps in vielen Sektoren verursacht; zudem einen Ausfall an Liquidität, der für viele Firmen und Selbstständige existenzgefährdend ist. Die Epidemieabwehr schafft relativ zufällige, oft große und ungerechte ökonomische Verluste; selbst gute Restaurants, Hotels oder Soloselbstständige mit tol-

lem Programm können Corona-Opfer für viele Monate werden. Wie soll die Wirtschaftspolitik hier reagieren? Kann man Epidemienpolitik und Wirtschaftspolitik vernünftig in Einklang bringen?

China hatte rund 5000 Tote und 80.000 Infizierte bei seiner Corona-Epidemie verzeichnet. Warum aber haben die USA mit $\frac{1}{4}$ der Einwohnerzahl Chinas über 1 Million Infizierte und mehr als 100.000 Tote bis zur Jahresmitte 2020 verzeichnet? Ein Teil der Antwort ist einfach, dass China eine mehr als 100jährige erfolgreiche Tradition der Epidemie-Bekämpfung hat; und die USA einen populistischen Präsidenten, der seine Amtspflichten in einigen Bereichen offenbar nicht ernst nimmt und dem fast 1000 Experten in seiner Regierung – im Vergleich zur Obama-Administration – fehlen.

Dass Europa einige erfolgreiche Epidemie-Bekämpfungsländer hat, ist wohl richtig. Aber die EU hat mit Italien und Spanien sowie Belgien offenbar auch Länder mit schwachen Gesundheitssystemen und schlechter Epidemie-Bekämpfungsstrategie; dabei spielten Altersheime in Italien und Spanien eine traurige Rolle, was von einer unangemessenen Seuchenpolitik mit verursacht wurde. Auch Schweden kann man zu den Problemfällen zählen. Deutschland und Österreich wird man eher zu den Erfolgsländern rechnen können, wenn man die westlichen Industrieländer im Vergleich betrachtet. Allerdings kommt man mit einer gesundheitspolitischen Analyse allein nicht weit, man muss schon eine Verbindung der Analyse des Gesundheitssystems und des Wirtschaftssystems leisten, um eine sinnvolle Reflexion zu den Corona-Schocks vorlegen zu können; das jedenfalls wird in diesem Buch für eine Reihe von Ländern versucht (interessanter Weise war dies mit Bezug auf die USA bereits ein Hauptthema in meinem 2019 veröffentlichten Buch *The Global Trump/„Trump global“* als 2020 publizierte deutsche Buchversion).

Im Ergebnis kann man erkennen, dass die herrschende ökonomische Analyse – auch wenn es das ausgebaute Feld der Gesundheitsökonomik gibt – hier Defizite hat. Die Ökonomik ist vielfach zu sehr parzelliert, eine verbindende, sinnvolle, beziehungsweise analytisch notwendige, Betrachtung von Wirtschaftsentwicklung und Gesundheitszustand der Bevölkerung findet fast nicht statt: von Ausnahmen abgesehen. So geht man in der ökonomischen Lehrbuchliteratur davon aus, dass die Individuen ihren Konsumnutzen bei Gütern maximieren möchten, zudem eine möglichst geringe Arbeitszeit haben wollen; dass man aber auch einen optimalen oder Mindestgesundheitszustand (altersabhängig definiert) für sich dabei anstrebt – was wohl jeder Mensch macht – wird in der Regel übersehen. Das ist eigentlich sonderbar, weil das eine elementare Nutzen- und Glückskategorie der Menschen ausblendet; zumal ja die Menschen etwa in den USA immerhin 18 % des Nationaleinkommens für Gesundheitsausgaben aufwenden. Das wiederum ist $\frac{1}{3}$

mehr als Deutschland und Frankreich, wo jedoch die Lebenserwartung deutlich höher und die Säuglingssterblichkeit geringer als in den USA ist.

Gibt es mehr gesunde Menschen beziehungsweise Arbeitnehmer und Unternehmer, dann kann man mehr produzieren, weshalb ein vernünftiges Krankenversicherungssystem als sehr wichtig gelten darf. Denn ein solches System bringt ein relativ gutes Gesundheitssystem und damit einen im Durchschnitt guten Gesundheitszustand der Bevölkerung hervor. Im Übrigen hatten die USA gut 30 Jahre vor der Trump-Präsidentschaft noch eine Lebenserwartung, die höher als in Frankreich und Deutschland war.

Die Corona-Krise hat mit vielen Infizierten und hohen Todeszahlen traurige Seiten, aber sie hat auch einige unerwartete Innovationen und Veränderungen mit sich gebracht. Denn parallel zur Corona-Gesundheitskrise entstand ein unfreiwilliger weltweiter Versuch in Sachen Home Office und digitaler Unterricht. Aus Not wird man in vielen Fällen längerfristig eine Tugend machen, die Zahl der Zuhause-Digital-Arbeitnehmer wird um Millionen gesteigert bleiben, auch wenn die Pandemie überwunden ist. Ganze Bürohochhäuser werden sich als zunächst überflüssig nach der Corona-Krise erweisen, in allen großen Metropolen der Welt. Sofern eine Impfung rasch verfügbar wird, kann man vermutlich in vielen Feldern weitgehend zum alten Leben – vor der Pandemie – zurückkehren. Ohne weltweite Impfung wären die Beschränkungen im Alltagsleben erheblich und auch Aufzugfahren in Hochhäusern kann dann nicht aussehen wie früher: weniger Leute pro Raumeinheit, Maskenpflicht und Abstandsgebot einhalten, wo immer möglich, wären Gebote der Stunde der Not.

Wie dringlich man eine wirksame Impfung braucht; für fast die ganze Menschheit. Denn sonst geht die Epidemie als internationale Bedrohung nicht weg. Allerdings hat man in 2020 gar keine effiziente Förderung der Impfstoffforschung zustande gebracht. Am 23. Mai starben 6000 Menschen weltweit, jede Verkürzung um einen Tag beim Prozess des Findens eines wirksamen Coronavirus-Impfstoffs rettet wohl um 10.000 Menschenleben – wenn man vom Impfbeginn zur Jahreswende 2020/2021 ausgeht. Die Weichen für eine optimale Impfstoff-Forschungsförderung wurden nicht gestellt; mangelhafte Kooperation zwischen der EU, China und den USA gehören zu den relevanten Problemen dahinter.

International kooperationsunwillig ist vor allem Präsident Trump, der als 45. US-Präsident auf gewichtige Weise ein Populist auf dem Höhepunkt der US-Macht ist; gewählt von einer US-Bevölkerungsmehrheit und getragen von einer sonderbar gewendeten Republikanischen Partei, zu der Trump in vielen Feldern ideologisch eigentlich kaum passt. Populisten sind Meister im Wunschdenken und verhalten sich entsprechend, wobei der US-Präsident

enorme Macht für die Inszenierung von Wohltaten für einige Gruppen hat, zudem auch Entlassungen in der Administration vornehmen kann. Wie kaum ein Präsident vor ihm hat Trump Mitarbeiter entlassen und versetzt – oft nur, weil die betreffenden Personen ihre Arbeit normal erledigen. Der Populismus, wie man ihn bei Trump, in Großbritannien bei Boris Johnson, in Brasilien bei Präsident Bolsonaro und in der Türkei zum Teil bei Präsident Erdogan auffällig sehen kann, ist in seinem typischen Wunschenken eher wissenschafts-abgeneigt und möchte den unangenehmen Hinweisen von Epidemiologen und anderen Seuchenexperten eher nicht zuhören. Das Ergebnis dürfte eine gewisse Entzauberung der Populisten sein – die Mortalitätsrate in Ländern mit Populisten-Regierungen dürfte tendenziell relativ hoch sein, da Anti-Seuchen-Maßnahmen eben unwillig und verspätet eingeleitet werden. Allerdings sorgt die Seuchengefahr für erhöhte politische Verwirrung, so dass man kaum sicher sein kann, dass die Populisten bei Wahlen auch eine klare Niederlage erleiden werden.

Für den Westen verschieben sich durch die Corona-Krise die Machtgewichte in der Demokratie mit ihrer angehängten Marktwirtschaft. Da nur der Staat die gewaltigen notwendigen Finanz-Summen zur Stabilisierung der Wirtschaft beziehungsweise zur Rezessionsüberwindung in einer global massiven Rezession mobilisieren kann und weil der Staat als Retter von Großunternehmen hundertfach als Miteigentümer plötzlich an Bord kommt, nimmt die Rolle des Staates in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu. Auch wenn es ökonomisch eher nicht vernünftig ist, dass der Staat sich in privaten Firmen quasi wie ein Unternehmer betätigt – dafür fehlt gelernten Beamten einfach in der Regel Talent und Motivation -, so werden politische Akteure kaum die Gelegenheit auslassen wollen, über die neuen Unternehmenseigentümerschaften auch unternehmensstrategisch Macht zu entfalten: also politisch nahestehende Beamte und Parteikader in leitende Unternehmenspositionen zu setzen, womöglich auch Parteispendenflüsse „zweckmäßig“ mit zu gestalten. Zur politischen Macht des Staates kommt nun durch die Corona-Krise bedingt auch noch zusätzlich wirtschaftliche Macht, so dass die normale Machtteilung westlicher Demokratien teilweise aufgehoben wird. Die Wachstumsdynamik westlicher Länder wird sich in dieser neuen Konstellation verlangsamen, was bedeutet, dass sich die Verteilungskämpfe zeitweilig verschärfen dürften. Wenn zudem in der EU die Rolle des Emissionshandels durch faktische sektorale Staatseingriffe vermindert wird – auf dem Papier mag der Emissionshandel dabei ausgeweitet werden –, so erhöhen sich unnötigerweise die Kosten der Emissionsminderung; und das mitten in der Corona-Rezession. Es gibt dann weitere Wohlstandsverluste, die notwendige System- und Politikerneuerung für eine zukunftsfähige Wirtschaft findet zu

wenig oder gar nicht statt. Die Corona-Rezession bedeutet Einkommensverluste, aber die von den Corona-Rettungsmaßnahmen ausgehenden qualitativen Veränderungen des Wirtschaftssystems erhöhen die Verlustrechnung noch deutlich; und zwar weltweit.

Der Corona-Schock wirkt weltweit als ökonomische Herausforderung und in einer Zeit erhöhter politischer Nervosität in vielen Ländern wird da gemeinsames, koordiniertes Handeln nicht leicht zu erreichen sein. Mehr politisch-wirtschaftlich machtvolle Länder in der Weltwirtschaft werden in der Corona-Zeit weniger als früher international kooperationsgeneigt sein, so dass politische, ökonomische und womöglich auch militärische Konflikte zunehmen dürften. Es ist nicht auszuschließen, dass in einigen Ländern, wo die Bevölkerung über die Seuchenpolitik der Regierung enttäuscht ist, auch vorzeitige Machtwechsel zustande kommen.

Im Übrigen besteht die Gefahr, dass manche politische Utopisten meinen, ein kurzfristig im ersten Halbjahr 2020 ausnahmsweise zur Verfügung stehendes großes Finanz-Füllhorn des Staates – mobilisiert zur Rettung von Wirtschaft und Gesellschaft – sei eine Art geheimnisvoller Hinweis: darauf, dass man in Wahrheit viele Dinge ja doch ganz leicht ganz anders machen könnte und sollte als herkömmlich. Das ist aber ein logisch-ökonomischer Irrtum. Man kann aus einer Ausnahmesituation im Leben nicht die Leitsätze für das normale Alltagsleben herleiten und eine Wiederholung der gewaltigen Rettungsmanöver für Unternehmen und Arbeitnehmer in der Corona-Krise im ersten Halbjahr 2020 wäre schon bei einer zweiten Virus-Welle einfach unmöglich, da der Staatsbankrott mit hoher Sicherheit vielen Ländern drohte.

Auch wenn das Coronavirus wohl aus China, aus Wuhan, ursprünglich kam, so ist offensichtlich, dass Chinas Regierung die Epidemie im Land nach wenigen Monaten durch strenge Quarantäne-Vorschriften zunächst besiegt hat; im späten Frühjahr 2020 wurden noch in einigen anderen Provinzen neue Infektionsfälle gemeldet, etwa im Mai in der Grenzprovinz zu Nord-Korea. China hat mehr als 100 Jahre Erfahrung in moderner Seuchenbekämpfung; als man 1910 einen Seuchenausbruch in der Mandschurei verzeichnete, gelang es dem Militärarzt Wu Lien-teh – in Westeuropa medizinisch ausgebildet – eine Epidemie in der Mandschurei durch strikte regionale Quarantänemaßnahmen zu stoppen: Zuhause bleiben, Kontaktvermeidung mit Infizierten und anderen Menschen, dann ist die Seuche überwunden.

Demgegenüber machen Teile Europas und vor allem auch die USA einen schlechten Eindruck in Sachen Seuchenbekämpfung in 2020. Sobald man etwas mehr 600 Infizierte pro Tag in einem Land wie Deutschland oder Frankreich hat, ist die Verfolgung von Kontaktnetzwerken und damit eine strikte effektive Quarantänepolitik kaum noch möglich. Es sei denn, dass

man eine auf Mobilfunktechnik aufsetzende Kontaktverfolgungs-App hätte. Solch eine App wurde immerhin in Korea, Taiwan, China und Japan erfolgreich im Frühjahr 2020 eingesetzt (in Frankreich war eine solche App immerhin im Mai verfügbar). Aus etwas sonderbaren Gründen heraus kauften westliche Länder nicht von diesen Ländern eine schon entwickelte entsprechende App ab, sondern die Politik in vielen Ländern ließ erst einmal umständlich eigene neue Apps entwickeln, die nur mit „üblicher“ Verspätung verfügbar wurden. Natürlich sind Datenschutz-Aspekte wichtig, aber in einer ersten Phase hätte man ja durchaus eine App aus Asien nutzen können. Als die Infektionszahlen rasant im März und April 2020 in den EU-Ländern, Großbritannien, der Schweiz und den USA anstiegen, konnte man seitens des Staates kaum ein anderes Seuchenbekämpfungsmittel anwenden, als quasi nationale Quarantänemaßnahmen per Regulierung zu beschließen: Vorgaben für allgemeines Zuhause-bleiben hieß für viele die Devise und viele Unternehmen oder Dienstleister – Hotels, Restaurants, Fluglinien – mussten für einige Monate fast ganz schließen.

Der öffentliche Personennahverkehr, gerade noch umweltpolitisch hochgelobt, wurde plötzlich zum Infektionsrisiko. Krankenschwestern und Ärzten wurden in vielen Ländern nun kostenlose Leihwagenangebote vorgelegt; Auto fahren als sichere Fortbewegung zum Einsatzort. Im Übrigen stellte sich heraus, dass es bei Schutzkleidung und Beatmungsgeräten in vielen Ländern enorme Defizite gab. Nach hektischen Monaten improvisierter weltweiter Beschaffungsaktionen und einem allmählichen Hochfahren nationaler Produktion wichtiger Medizinprodukte – inklusive Gesichtsmasken – hatte man im Mai 2020 eine verbesserte Situation in Europa und Teilen der USA erreicht.

Die Sterberaten in Belgien, Spanien, Italien, Frankreich und Großbritannien sowie New York waren im Frühjahr 2020 die höchsten der Welt. Das ist eine teilweise überraschende Entwicklung; am meisten wohl in Frankreich, wo das Pasteur-Institut seit einem Jahrhundert als eines der führenden Epidemie-Analysezentren weltweit gilt und wo man auch dachte, dass das eigene Gesundheitssystem höchste Standards böte (Meinungsumfragen für Frankreichs Präsident Macron sahen im Sommer 2020 schwach aus und die Kommunal-Wahlen Ende Juni gingen verloren). Immerhin können Deutschland und Österreich relativ gute Werte aufweisen. Mit dem Robert-Koch-Institut hat man in Deutschland ein wichtiges Forschungsinstitut, dessen Namensgeber für Pionierforschung bei der Seuchen-Abwehr gilt.

Zu den globalen Verlierern der Coronavirus-Pandemie gehören die USA. Während China zur Jahresmitte 2020 rund 5000 Todesfälle zu verzeichnen hatte – bei 1,4 Milliarden Einwohnern -, mussten die Vereinigten Staaten unter Präsident Trump über 100.000 Todesfälle (bei 330 Millionen

Einwohnern) verzeichnen. Der traditionelle Anspruch der USA als globale Führungsmacht wird durch eine solche Schwäche des US-Gesundheitssystems unterminiert. Die USA könnten bis Jahresende 2020 die Epidemie national nicht besiegt haben, es sei denn via Verfügbarkeit eines Impfstoffes. Allerdings ist es durchaus zeitraubend, 330 Millionen Menschen zu impfen; das könnte Monate dauern.

Im Übrigen hat die Trump-Administration in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein neues Konfliktfeld mit China aufgebaut; Präsident Trump hat gedroht, die USA könnten sich aus der WHO zurückziehen, umgekehrt hat Chinas Präsident angekündigt die WHO mit einer Sonderzahlung finanziell stärken zu wollen. Trumps Anti-Multilateralismus-Politik, nämlich das Sich-Zurückziehen aus Internationalen Organisationen, wird hier einerseits sichtbar. Andererseits sucht der US-Präsident offenbar einen Sündenbock für eigene Fehler bei der Seuchenbekämpfung.

Alle Länder mit intensiven internationalen Wirtschafts- und Tourismusbeziehungen weisen im ersten Halbjahr 2020 relativ hohe Infektionsraten auf – zumindest soweit man davon ausgeht, dass nationale Unterschiede in der Testungsintensität die Vergleichbarkeit von Infektionshäufigkeiten noch sinnvoll bleiben lässt. Man kann den Eindruck gewinnen, dass internationale Vernetzung der Wirtschaft mit besonderen Gesundheitsrisiken einhergeht. Ein Schatten ist von daher auch auf die Globalisierung der Wirtschaft gefallen. Denn jedermann versteht, dass eine sehr weit getriebene internationale Arbeitsteilung – bei stark abgebauter Vorratshaltung – zu Engpässen bei Medikamenten und Schutzkleidung während des Corona-Schocks im ersten Halbjahr 2020 in vielen Ländern geführt hat. Allerdings gilt auch, dass Globalisierung mit die Basis des hohen Wohlstandes in Europa, Nordamerika plus Lateinamerika und Asien ist. Schließlich versteht man auch, dass Gesundheit eine wichtige Nebenbedingung von Konsumnutzen ist.

Dies ist einem zwar aus der Alltagsfrage nach der Gesundheit seines Gegenübers durchaus bewusst, aber erst der Corona-Schock verdeutlicht nochmals, dass große Konsummengen für ernsthaft erkrankte Menschen kein so großer Genuss sind. Die Qualität des Gesundheitssystems ist ein Einflussfaktor des Wohlstandes, der vielfach unterschätzt oder ausgeblendet wird. In vielen Ländern sah man zudem auch, dass eine große Zahl von COVID-19-Erkrankten plötzlich zu Produktionsausfällen führt – etwa in Oberitalien bei Autobahntankstellen im April und Mai 2020 oder eben im Gesundheitssystem beziehungsweise in einem Krankenhaus, wo sich viele Ärzte und Pfleger angesteckt haben; oder in Schlachthäusern in den USA und Europa, wo oft viele in Massenunterkünften lebende Arbeiter sich gegenseitig mit dem Coronavirus angesteckt haben.

Die USA haben in Gestalt von Präsident Trump die Seuche anfangs nicht ernst genommen, obwohl die Trump-Administration offenbar alle relevanten Informationen in der Hand hielt. Aber Trump spielte die Seuchengefahr im Januar und Februar 2020 herunter, da er offenbar Negativ-Effekte am Aktienmarkt befürchtete, sobald in den USA eine breite Epidemie-Diskussion beginnen sollte; immerhin stoppte Trump den Flugverkehr mit China Ende Januar. Erste Maßnahmen der Bundesregierung in Washington DC und der Regierungen der US-Bundesstaaten gab es dann erst im März und April. Ich selbst konnte noch am 24. Februar an der Georgetown Universität einen Vortrag halten, bei dem ich mein Buch *The Global Trump* vorstellte und auch die Buchpräsentation am 26. Februar an der UC Berkeley in Kalifornien verlief reibungslos (im Internet: *UC Berkeley talk of Welfens Feb. 26, 2020, youtube*) *The Global Trump. Structural US Populism and Economic Conflicts with Europe and Asia*, London: Palgrave Macmillan, 2019 (<https://www.youtube.com/watch?v=92TzUcljceg&t=416s>).

Ich hatte einige Befürchtungen, dass man in Kalifornien wegen der Epidemie den Ausnahmezustand ausrufen werde. Aber das geschah erst eine Woche nach meiner Rückkehr – am 28. Februar – aus den USA. In meinem Buch *The Global Trump* hatte ich schon auf eine Reihe von Schwachpunkten des US-Gesundheitssystems verwiesen und tatsächlich erwies sich in der Corona-Krise 2020, dass die USA ein in wesentlichen Teilen wenig vernünftig organisiertes und sehr teures Gesundheitssystem haben. Eine besondere Tragik liegt darin, dass die Krankenversicherung von Arbeitnehmern mit dem Arbeitsplatz verknüpft ist, so dass man mit dem Job in der Regel auch die Krankenversicherung verliert; wer nur beurlaubt ist, behält immerhin die Krankenversicherung einige Zeit. Da bis Jahresmitte 2020 rund 40 Millionen Arbeitnehmer in den USA ihren Arbeitsplatz verloren, dürften rund 30 Millionen Arbeitnehmer – und häufig auch die Familienangehörigen – ohne Krankenversicherung dagestanden haben; zusätzlich zu den 13 Millionen Menschen ohne Krankenversicherung Ende 2019 unter der Trump-Administration (zwei Millionen mehr als unter der Obama-Administration). Mitte 2020 dürfte in den USA jeder fünfte US-Bürger ohne Krankenversicherungsschutz gewesen sein, was im Vergleich zu Europa doch besondere Schwächen im US-Sozialversicherungssystem offenbart. Zugleich hatte der massive Rückgang der Produktion im März und April – da wurden Maßnahmen zur Produktionsschließung aus Seuchenbekämpfungsgründen angeordnet – in wichtigen Branchen, ähnlich wie in Europa, einen Produktionseinbruch mit sich gebracht. Flugverkehr, der internationale Tourismus und das Hotel- und Gaststättengewerbe verzeichneten sehr starke Produktions- und Beschäftigungseinbrüche. Nur wenige Branchen profitierten in der Krise.

Die Gewinner der Krise sind Pharma-Firmen, Kommunikations-, Computer- und Internetfirmen sowie Plattformanbieter wie Google und große Logistikdienstleister; das sind meist Giganten aus den USA und China. Relative Verlierer sind von daher viele Firmen in Europa und anderen Weltregionen. Zu den Gewinnern zählen auch Pharmafirmen mit Corona-bezogenen Impfstoff-Forschungen; und die Versicherungen, die in ihren Verträgen künftig weltweit Pandemie-/Epidemie-Versicherungen verstärkt anbieten. Zu den Verlierern gehört auch der Teil der Menschheit, der die bis 2019 verbreitete und noch 2007 tiefe „Kernzuversicht“ ins westliche Wirtschafts- und Politiksystem verloren hat. Banken- und Klima- plus Epidemiekrise ist wohl ein Zuviel an Risiko und Unsicherheit.

Der Aufstieg des Populismus in Ländern des Westens prägt die Weltwirtschaft mit, emotionalisierte Politik wird zunehmend beobachtbar; auch ein Sich-Abwenden in Teilen der Politik von der Wissenschaft – des Talkshow-Hoch der Virologen ist trügerisch. Tatsächlich hat laut Umfragen unter der Trump-Administration das Vertrauen der US-Gesellschaft in die Wissenschaft nachgelassen. Die Entwicklung eines neuen Impfstoffes aber wird es ohne Wissenschaft und Forschung nicht geben können. Am 19. Mai 2020 kam es bei der Pharmafirma Medeva in den USA zu erheblichen Kursgewinnen, da Journalisten Nachrichten vom Unternehmen über erfolgreiche Impfstoffforschung – in einer ersten Testrunde – erfuhren. Der ganze US-Aktienmarkt legte deutlich zu. Dennoch bleibt sicher in den großen Teilen der Gesellschaft in den USA und Europa die Furcht, dass man durch COVID-19 sein Leben, seine Gesundheit oder auch seine Arbeit verlieren könnte. Das Coronavirus sät weltweit neue Furcht und Unsicherheit, aber die Epidemie ist auch Treiber des digitalen technischen Fortschritts.

Eine Jugendumfrage einer Forschergruppe um Timothy Garton Ash im Frühjahr 2020 zeigt in Europa, dass eine Mehrheit der jungen Generation für ein Allgemeines Grundeinkommen eintritt; und der Ansicht ist, dass autoritäre Regimes Klimaschutzpolitik schneller umsetzen als Demokratien. Das klingt wie eine Einladung an Populisten, mit einer sozialen Klimadiktatur die kaum einhundertfünfzigjährigen Parteiendemokratien in Europa (und den USA) längerfristig vom Sockel zu stürzen. Nach Rechtspopulisten klingt das immerhin nicht, denn deren Verachtung der Klimaforschung und der Wissenschaft verhindert, dass von diesen das Thema Klimapolitik ernst genommen wird. Ein Linkspopulismus aber könnte da im Nebel von Bankenkrise, Klimakrise und Corona-Pandemie allmählich aufsteigen. Die Enttäuschung über etablierte Parteien – auch über tolle nationale Pandemiepläne ohne Substanz, also ohne ausreichende Masken- und Schutzkleidungsvorräte in allen Industrieländern – könnte für Links- und Rechtspopulisten eine

Mehrheitssumme in Parlamenten wichtiger Länder ergeben. Das wären „Weimarer Verhältnisse“ und damit das Ende der traditionellen Demokratie, der Anfang politisch-ökonomischer Instabilität. Vielleicht gelingt es immerhin einigen Ländern, die eine gute Pandemiapolitik mit geringen Corona-Todesraten umgesetzt haben – etwa Deutschland, Japan, Australien – zum Verteidiger des Erfolgsmodells Soziale Marktwirtschaft zu werden.

Das klingt nach einer ungewöhnlichen denkbaren neuen Politikallianz; aber eine gewisse Logik hätte das, nur dass Deutschland sich um besonders gute Beziehungen mit Japan und Australien bislang wenig gekümmert hat. Vielleicht wird die Politik in Deutschland auch kaum Energie dafür aufbringen, wenn nämlich Bundesregierung und Bundestag im Nachgang zum Corona-Schock über Jahre mit Stabilisierungsaufgaben und gegebenenfalls Problemen aus dem Zerfall der Europäischen Union dauerbeschäftigt sein werden. Die ökonomischen Nebenwirkungen der Pandemie sind gewaltig negativ und sorgen für ökonomische Spannungen in Europa, den USA und weltweit.

Die kurze Große Rezession nach der Bankenkrise 2008 brachte einen erheblichen ökonomischen Einbruch. In Deutschland sank die Produktion insgesamt um rund 5,5 % im Jahr 2009. Aber beim Corona-Schock 2020/2021 dürfte der Wert noch übertroffen werden, wobei allerdings Frankreich, Italien und Spanien ökonomisch noch schlimmer dran sind. Immerhin hat man die erste Coronavirus-Welle im ersten Halbjahr halbwegs überstanden, eine zweite kommt vermutlich in Teilen Europas noch hinterher. Da kann der Staat nicht ähnliche Maßnahmen für eine Art künstlichen Winterschlaf der Wirtschaft mit riesigen Ausgleichszahlungen vornehmen. Denn das Budget schon hochverschuldeter Staaten gibt solche Großzügigkeit nicht her; die Finanzierung gigantischer neuer staatlicher Haushaltsdefizite wäre über den Kapitalmarkt kaum noch möglich. Die EU hat mit sonderbar riesigen Kreditprogrammen im ersten Halbjahr reagiert, wobei die EU-Kommission von den vorgeschlagenen 750 Milliarden € als Kreditpaket gar 2/3 – also 500 Milliarden € – auf Kosten künftiger Beitragszahler an die EU-Mitgliedsländer verschenken will; ohne vernünftige Begründung, mit problematischen Anzeifeffekten und dabei letztlich auf Kosten künftiger Steuerzahler. Das alles geschieht in einer EU, wo gerade ein Drittel der Bevölkerung in EU-Finanzhilfen für EU-Mitgliedsländer eine Top-EU-Priorität sehen. Nachdem schon die USA unter Trump und UK unter den Ministerpräsidenten May und Johnson als BREXIT-Befürworter populistisch sonderbare und ökonomisch national und global schädliche Politik betrieben haben, will sich die EU-Kommission nun noch an eine Selbstschwächung der Europäischen Union als Teil der seit 2016 erfolgenden Schwächung des Westens machen?

Man wird wohl bei einer zweiten Infektionswelle besser vorbereitet sein, was die Gesundheitssysteme der Länder in aller Welt angeht; das dürfte auch für EU-Länder in besonderer Weise gelten. Man wird eine vernünftige Seuchen- und Wirtschaftspolitik brauchen, um den Virus zu besiegen. Eine Rolle spielen dabei strikte Abstandsgebote und neue Maskennutzungs-Vorgaben; es gilt zu warten, bis die Anstrengungen der acht Dutzend Teams weltweit mit ernstesten Ansätzen, um rasch einen Impfstoff zu finden, Früchte getragen haben. China hat am 18. April angekündigt, man werde einen Impfstoff aus China als globales Kollektivgut vermarkten beziehungsweise zu günstigen Konditionen allen Ländern der Welt zur Verfügung stellen. Da sieht im Vergleich dazu die USA unter Trump international schwach aus. Chinas autoritäres Regime sammelt im globalen Wettbewerb der Wirtschafts- und Politiksysteme Punkte.

Die USA sind durch die Trump-Politik in eine sehr schwierige Lage geraten. Der übliche Glanz einer internationalen US-Führungsrolle ist nicht zu sehen; der US-Präsident, der oft schlecht gelaunt zu Presstreffen im Mai erschien – oder Pressekonferenzen einfach abbrach –, macht national und international keinen starken Eindruck. Allerdings genießt er tägliche Medienaufmerksamkeit, während sein Gegner von den Demokraten, Joe Biden, wenig sichtbar ist. Im Übrigen hat Trump nach dem USA-China-Handelskrieg im Bereich der Pandemie-Ursprungsdebatte ein neues USA-China-Konfliktfeld gefunden. Trump beschuldigt China, dies habe den Ausbruch der Epidemie Ende 2019 verspätet international gemeldet und auch keine ausreichenden internationale Reisebeschränkungen verordnet. Auch die Weltgesundheitsorganisation beschuldigt Trump, zu spät vor dem Coronavirus gewarnt zu haben, nämlich erst Ende Januar 2020. Ob solche Vorwürfe stichhaltig sind, bleibt in einzelnen Studien zu untersuchen.

Welche gesundheits- und wirtschaftspolitische Reaktion erfolgte in den ersten beiden Quartalen 2020? Sind die Maßnahmen in den Industrieländern und China ausreichend, um die Seuche erfolgreich zu bekämpfen? Und von welchen Ländern soll man dabei lernen? Die höchsten Todesraten (Corona-Tote pro Millionen Einwohner) unter den Industrieländern gab es auf Basis von Zahlen bis inklusive erste Mai-Woche in Belgien, Spanien und Italien. Deutschland stand auf Rang 15 von 36 OECD-Ländern, immerhin sechs Ränge besser als die USA. Dass Belgien zehnfach so hohe Corona-Todesraten hat wie Österreich, muss erstaunen.

Die Coronavirus-Epidemie reiht sich ein in die neueren Virus-Ausbrüche in Asien und weltweit: AIDS, das vermutlich einst von Afrika ausging, Spanische Grippe mit ihrem vermuteten Ausgangsort Kansas in den USA, Ebola als Seuche in Afrika – mit einigen Fällen auch in den USA und Europa –, SARS

(2003) und MERS (2012), die ebenfalls gefährliche Epidemien waren; allerdings bei SARS beschränkt auf Länder in Asien und bei MERS im Raum der arabischen Länder; mit wenigen Einzelfällen in EU-Ländern.

Wieder ist mit „Corona“ eine Pandemie, entstanden; wie etwa auch zuvor 1918/1919, als die sogenannte Spanische Grippe wohl 40 bis 80 Millionen Menschenleben weltweit forderte. Damals gab es drei Wellen dieser Grippe (Typ A), manche Autoren meinen gar vier. Auch beim Coronavirus wird man nach der ersten Welle im ersten Quartal 2020 noch weitere Wellen in vielen Ländern erwarten müssen. Während man die erste Coronavirus-Welle zur Jahresmitte 2020 in vielen Industrieländern mit umfassenderen Quarantäne-Maßnahmen und enormen wirtschaftspolitischen Stabilisierungsmaßnahmen zu bekämpfen suchte, wird man einer zweiten Welle zu Ende 2020 oder Anfang 2021 anders begegnen müssen als der Welle 1. Nochmals die Staatsausgaben so stark erhöhen und den Zinssatz geldpolitisch soweit dämpfen wie im ersten Quartal 2020, ist völlig unmöglich. Mit einer zweiten Welle wird man anders umgehen müssen; und das gilt auch für eine denkbare dritte Coronavirus-Welle. Vielleicht bleibt letztere der Menschheit dank einer weltweiten Impfung tatsächlich erspart.

Corona-Schocks sind Herausforderungen für den Gesundheitssektor, die Wirtschaft und das politische System, wobei tatsächlich erstmals eine Weltrezession entstanden ist. Die sogenannte Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre brachte weder in Schweden noch in Japan (und einigen anderen Ländern) eine Rezession; 2020 ist aber die gesamte Weltwirtschaft betroffen. Dabei ist auch China als durch Rezession geprägt zu interpretieren: Wenn eine Volkswirtschaft von 5 % Jahreswachstum um vier Prozentpunkte beim Wirtschaftswachstum abstürzt, dann ist das eine Rezession. In Industrieländern gilt der Fall mit mindestens zwei aufeinanderfolgenden Vierteljahren mit rückläufiger Produktion als Rezession (also etwa von 2 % Wachstum auf – 1 %), aber diese Definition 1:1 auf Schwellenländer anwenden zu wollen, ist ja wohl nicht angebracht. Die Pandemie begann im Dezember 2019 in der chinesischen Industriemetropole Wuhan. Schnell breitete sich das Virus Richtung Europa, USA und Kanada, Afrika, Lateinamerika und Australien aus.

Vielfach ist der Nationalstaat in der Corona-Krise als mächtiger Akteur zurück auf der politischen Bühne – gerade auch in der Europäischen Union – und der Staat erscheint vielen als Rettungsanker bei der Epidemie-Bekämpfung und der Rezessions-Überwindung. Es sind allerdings auch staatliche Seuchenbekämpfungsschritte, die vielfach die Produktion über Monate zum Erliegen bringen. Obendrein sind Schul- und Universitätsschließungen für mehrere Monate erfolgt.

Tatsächlich ist die Bekämpfung der Corona-Pandemie zunächst eine medizinische und gesellschaftlich-politische Aufgabe, da das übliche enge soziale Kontaktleben von Millionen Menschen unter Seuchenbekämpfungsaspekten ausgedünnt werden muss; Schutzmaßnahmen von Mindestabstand über Maskentragen und zeitweise Betriebsschließungen werden debattiert. Das Coronavirus wird unvermeidlich auch eine Herausforderung für Politik und Wirtschaft in einer besonderen Verbindung: Medizinisch gute Behandlung in privaten und staatlichen Krankenhäusern verlangt, dass die Wirtschaft trotz verschlechterter Logistik und Krankheitsfällen in der Belegschaft wichtige Medizin- und Schutzprodukte produziert und liefert.

Zugleich entsteht ein Konflikt durch die seuchenpolitisch motivierten Betriebsschließungen und Reisebeschränkungen, die große Teile der Wirtschaft in ein künstliches Koma versetzen und Milliarden-Schäden bei den Unternehmen, große Einkommensverluste bei Beschäftigten und enorme Unsicherheit bei Schülern, Studierenden und Auszubildenden verursachen. In vielen EU-Ländern hat der Staat im Frühjahr 2020 eine enorme Macht im Zeichen der Seuchenbekämpfung an sich gezogen – Ausnahmezustand als Machtverstärkung und staatliche Finanzspritzen für Haushalte und Unternehmen bei gleichzeitig durch den Staat angezogener Handbremse in der Wirtschaft. Viele Maßnahmen ergreifen heißt aber noch nicht, dass die neue großzügige Geld- und Konjunkturpolitik als Wirtschaftsmedizin – etwa in der EU beziehungsweise der Eurozone – wirkt. Die USA verzeichneten nach neun Wochen Corona-Krise 33 Millionen Arbeitslose am Ende der ersten Mai-Woche, die Arbeitslosenquote war von knapp 4 % Ende 2019 auf 14 % am Ende des ersten Quartals 2020 hochgeschossen. Die Prognose des Internationalen Währungsfonds für die USA lautete im April, dass man mit gut -6 % Schrumpfung rechnen müsste; die Europäische Kommission sagte am 6. Mai - 7 % für die Eurozone und die EU voraus; -4 % für Polen, -6 % für Deutschland, -10 % für Italien; also in den USA und der EU viel schlechtere Zahlen als etwa in 2009, im Krisenjahr nach dem Konkurs der Lehman-Brothers Bank in New York; da lag man in den USA bei knapp -3 %, in Deutschland bei -5.5 %, wobei Asien von einem Konjunkturereinbruch gar nicht groß betroffen war. In 2020 aber sind fast alle Industrie- und Schwellenländer deutlich und gleichzeitig eingebrochen, das gibt grundsätzlich auch Chancen, rasch und gemeinsam wieder aus der Krise herauszukommen; wenn denn die Krise nicht eine sehr geschwächte Weltwirtschaft zurücklässt, die doch eher langsam und vor allem in Europa oder den USA nur schwer wieder auf die Beine kommt.

Dass der Staat als Akteur in der Krise ein eher schwaches Bild zeitweise abgeben kann, wird am Fall der Vereinigten Staaten unter Präsident Trump

deutlich. Der hat nicht nur viel zu spät eine Epidemie-Strategie auf den Weg gebracht, sondern im Übrigen im Januar und Februar auch versucht, öffentlich die Risiken einer Pandemie kleinzureden. Ergebnis war, dass schon Ende April die USA mehr Corona-Tote zu beklagen hatte als Amerikaner in zehn Jahren Vietnam-Krieg gefallen sind. Als politische Führungsmacht auf internationaler Ebene sind die USA in der ersten Hälfte 2020 unter der Trump-Administration erst gar nicht sichtbar gewesen – ein erstmaliges Abtauchen der Vereinigten Staaten bei einer internationalen Wirtschaftskrise nach 1945. Zwar kam das Coronavirus aus China in den ersten Monaten des Jahres 2020, aber Chinas Regierung hat die Epidemie regional – in der Provinz Hubei (58 Millionen Einwohner) mit dem Industriezentrum Wuhan – national zügig durch entschiedene Maßnahmen offenbar gut unter Kontrolle gebracht. Besonders erfolgreich bei der Seuchenbekämpfung waren auch Taiwan und die Republik Korea.

Einstweilen waren einige Länder Asiens relativ zu den USA und den EU-Ländern erfolgreich in der Seuchenkontrolle, während Teile der Vereinigten Staaten und mehrere EU-Länder durch enorm viele COVID-19-Krankheitsfälle und hohe Todesraten geprägt waren. Die als Seuchenbekämpfungsmaßnahmen des Staates gedachten Zuhause-Bleiben-Vorgaben und die regulatorischen Betriebsschließungen in einigen Sektoren haben einen starken wirtschaftlichen Einbruch zur Folge gehabt. 2020 ist der größte globale Wirtschaftseinbruch seit den 1930er-Jahren, als die Weltwirtschaftskrise für enorme ökonomische Verwerfungen in den westlichen Industrieländern plus Lateinamerika sorgte; und zudem gefährliche radikalisierte Politikentwicklungen in Europa begünstigte, vor allem in Deutschland.

Die Corona-Pandemie ist ein unfreiwilliges Experiment, wie gut Gesundheits- und Wirtschaftssysteme mit einer neuen Seuche klarkommen: wie rasch und stark der ökonomische Aufschwung nach einer Weltrezession sein wird. Allerdings, der Corona-Schock ist seit der Transatlantischen Bankenkrise 2008/2009 und der Eurokrise in der EU nun auch der dritte Schock – wie geht das weiter; warum lernen westliche Industrieländer so wenig, Krisen zu vermeiden und gemeinsam zu begrenzen?

Was bedeutet es für die Europäische Union, dass die Corona-Weltrezession die erste internationale Wirtschaftskrise nach 1945 ist, in der die Vereinigten Staaten nicht als Führungsland engagiert sind. Kann die EU eine solche Führungsrolle ersatzweise übernehmen und damit zu einer neuen integrationsmäßigen Entwicklungsstufe aufsteigen? Oder steht die EU durch die Corona-Krise gar vor einem Zerfall?

Die Aufschwungsprognosen des Internationalen Währungsfonds im April 2020 waren für China und die USA deutlich besser als für die Eurozone, ob-

wohl zumindest in Deutschland die Corona-Todesrate viel geringer als in den USA war. Für alle sichtbar gibt es bei der Corona-Krise einen internationalen Leistungsvergleich von Gesundheits- und Wirtschaftssystemen; bislang wenig unsichtbare Unterschiede in der EU und im Vergleich Europa, USA und China werden solche auch deutlich. Paradoxe Weise dürfte hierbei China, das Ausgangsland der Pandemie, zu den globalen Gewinnerländern zählen. Die Vereinigten Staaten unter Präsident Trump bieten im Corona-Jahr 2020 ein schlechtes Bild. Die EU zeigt Licht und Schatten, wobei Deutschland die Corona-Krise medizinisch relativ gut zu bewältigen scheint, während Spanien, Frankreich und vor allem Italien enorm hohe Zahlen an Todesopfern zu beklagen haben.

Dabei lag das Problem in Norditalien wesentlich daran, dass die regional herrschende populistische Lega-Partei die Corona-Herausforderung nicht ernst nahm und anfänglich unprofessionell genug war, dass Corona-Infizierte zur Behandlung und Isolierung in Altersheime eingewiesen wurden. Das führte zu einer enormen Todesspirale in solchen Betreuungseinrichtungen beziehungsweise bei älteren Italienern: Populismus ist tödlich, könnte man formulieren; und mit Blick auf den wissenschaftsfeindlichen US-Präsidenten Trump, der meistens alles am besten zu wissen glaubt – Militärfragen ausgenommen –, könnte man Ähnliches formulieren: Zu spät reagierte der Präsident, den vor allem die Sorge um die Aktienkurse Anfang 2020 umtrieb; und den Ausgang des Amtsenthebungsverfahrens, das ihn allerdings im Amt ließ.

Die Europäische Union muss mit dem Corona-Schock einen dreifachen Stress-Test bestehen: medizinisch, ökonomisch und integrationspolitisch. Der Schock hat in der EU einen neuen Nationalismus befördert und den Binnenmarkt unterminiert, während zugleich eine neue Eurokrise droht – viel gefährlicher noch als die erste. Eine Eurokrise² wäre in 2020/2021 mit dem Epizentrum Italien von viel größerer Wucht als die Eurokrise 2010–2015, als vor allem kleinere Länder plus Spanien ernstlich betroffen waren. Italien kam nur zeitweise unter Druck und musste auch keine Hilfskredite von EU-Institutionen aufnehmen. Das 540 Milliarden EU-Kreditpaket vom April 2020 ist kaum geeignet, eine Eurokrise² zu verhindern; diese wäre wohl nur über eine Euro-Gemeinschaftsanleihe zu verhindern, die allerdings teilbesichert sein müsste. Ohne eine innovative Lösung, die nicht in einer naiven Eurobonds-Einführung liegen kann, gehen Deutschland und die Eurozone 2020/2021 wohl in eine Mega-Rezession: Allein eine Eurokrise² dürfte für Deutschland 2 % zusätzlichen Einkommensrückgang bedeuten. Im Fall eines EU-Austritts von Italien könnte die populistische AfD wohl mit über 20 % der Stimmen in der Bundestagswahl 2021 rechnen.

Mit einem Italexit wäre, nach dem BREXIT, die EU bald am Ende: Europa zurück auf dem Weg ins 19. Jahrhundert; nur mit einem bescheidenen Politikstatus, da man von den USA und China dominiert zu werden droht, obwohl die EU durchaus auch innovative Projekte wie den Emissionszertifikate-Handel entwickelt hatte. EU-Integration ohne Konzept wird nicht überleben können. Die Schwächung des US-Wirtschafts- und Politiksystems bedeutet, dass die Führungsfähigkeit der Vereinigten Staaten deutlich nachgelassen hat: Die Corona-Weltrezession ist die erste internationale Krise nach 1945 ohne US-Führung und eine globale Krise ohne Führung könnte zu einer unkoordinierten Bekämpfung der weltweiten Rezession führen.

EU-Integration ohne Konzept und internationale Führungskraft wird nicht überleben können. Die Schwächung des US-Wirtschafts- und Politiksystems bedeutet, dass die Führungsfähigkeit der Vereinigten Staaten deutlich nachgelassen hat. Wegen der unter Trump verschärft eingetretenen Polarisierung wird die US-Führung wohl für viele Jahre schwach sein.

Die Menschen in den EU-Länder werden sich vor 2025 entscheiden müssen zwischen Zerfall der Europäischen Union und Rückkehr ins 19. Jahrhundert oder einem Mehr an Integration in der Eurozone, was vor allem Deutschland und Frankreich als Impulsgeber voranbringen müssten. Die Corona-Rezession macht einen Neustart der Wirtschaft unter besonderen Bedingungen notwendig: In der Eurozone und der EU könnte man bei einer klugen Politikererneuerung durchaus schneller aus der Rezession kommen als die USA; aber nur dann, wenn die EU-Kommission und der Europäische Rat ernste Politikfehler vermeiden. Hier aber kann man durchaus skeptisch sein, wenn man die Politikvorschläge zur Mitte 2020 sieht.

Wie die politischen Entwicklungen in Spanien, Italien und Frankreich nach dem Corona-Schock-Jahr sein werden, bleibt abzuwarten. Es wäre nicht überraschend, wenn sich gerade jüngere Wählerschichten enttäuscht von den faktisch schwachen Regierungen und wichtigen Institutionen abwenden – eine Vertrauens- und Stabilitätskrise in wichtigen EU-Ländern droht. Auf Deutschland und andere EU-Länder mit erfolgreicher Seuchen- und Wirtschaftspolitik kommt in dieser historischen Situation eine besondere Rolle zu; das heißt nicht, Reformfordernisse in Deutschland, etwa notwendige Verbesserungen in der digitalen Infrastruktur (behindert von viel zu komplizierten Vorschriften und kommunalen Blockade-Elementen) zu übersehen. Aber andere EU-Länder wären gut beraten, übermäßig hohe Staatsquoten und Überzentralisierung als Themen energisch anzugehen und auch die Digitalisierung voranzubringen. Von einigen Element der Sozialen Marktwirtschaft lässt sich durchaus lernen und hier könnte die Corona-Krisenerfahrung mehr

EU-Länder mobilisieren, Erneuerung des Politik- und Wirtschaftssystems vorzunehmen.

Die Seuche bringt politische Enttäuschung über die Seuchenpolitik in vielen Ländern und eine Abkehr von der Demokratie in vielen Schichten. Die Kombination von Seuche und schwerer Corona-Rezession in den USA und einigen EU-Ländern sollte zu massiven Reformen im Gesundheitssystem führen, während Deutschland und Österreich fürs erste die Herausforderung gut gemeistert haben. Die Corona-Epidemie wird politisch-ökonomische Narben hinterlassen und könnte die EU-Integration sowie die westliche Demokratie deutlich schwächen.

Selbst wenn Trump nicht wiedergewählt werden sollte, so sind die USA wohl auf Jahre politisch innerlich so zerrissen, dass sie kaum international führungsfähig sein werden. Das wiederum bedeutet, dass viele regionale Konflikte – bei Abwesenheit des Weltpolizisten USA – neu aufbrechen werden. Neue Regionalkonflikte aber bedeuten, dass es zu erhöhter politischer Instabilität kommt. Ein mögliches Desintegrationsfeld ist die EU, wo sich institutionelle Defizite und Politik-Ineffizienzen addieren. Eine parallele Expansion Chinas als asiatische und internationale Führungsmacht käme dann relativ rasch.

In der Corona-Weltrezession empfinden vielen Menschen den Virus beziehungsweise die Pandemie als Schockereignis; vermutlich ist es eine natürliche Reaktion, die Brücke über dem Schloss-Wassergraben hochzuziehen, das Überlegen vor allem national zu organisieren und den Blick auf den Rest der Welt für einige Zeit zu vergessen. Das aber kann natürlich keine langfristig sinnvolle Lebens- und Politikperspektive sein und man muss sich fragen, was denn die Corona-Weltrezession für die EU-Integration bedeutet? Wie wird sich die EU in der Krise bewähren, welche Teile sind robust, inwieweit droht ein Zerfall von Pfeilern der EU oder gar des ganzen Integrationsgebäudes. Wie soll man nach der Krise fortfahren? Was bedeutet das zeitweise Sinken des Ölpreises – im April 2020 – auf 0, statt der üblichen 60–80 \$ pro Fass? Was bedeuten die „negativen Ölpreisschocks“ für die USA, Asien, die OPEC-Länder und Russland plus Mexiko sowie die EU und Afrika?

Die Menschen in den EU-Ländern werden sich vor 2025 entscheiden müssen zwischen Zerfall der Europäischen Union und Rückkehr ins 19. Jahrhundert oder einem Mehr an Integration in der Eurozone. Es besteht dabei eine Entdemokratisierungsgefahr – ohne echte Debatte steuert die Politik ins Abseits. Wieder kann es sein wie beim EU-Referendum 2016 in Großbritannien, dessen kritisches Umfeld weder Berlin noch Paris noch Brüssel auf dem Radar hatten. Während die Politik etwa von den Banken zu Recht eine regelmäßige Risikoanalyse verlangt, haben Regierungen in großen EU-Ländern